Resolution der GEW-Vertrauensleute des Kreisverbands Offenbach-Land zum Thema „Zu-Viel-Arbeit“ vom 24.09.2025

Lehrkräften in Hessen sind in den letzten 20 Jahren ständig neue Aufgaben aufgebürdet worden:

- **Seit 2004 gibt es zentrale Abschlussarbeiten in der Haupt- und Realschule.** Diese wurden zusätzlich zur Aufwertung und Vergleichbarkeit der Abschlüsse eingeführt. Da der Sinn erkennbar war, gab es allgemein wenig Widerstand, auch wenn die Durchführung, Korrektur und Erfassung von den Lehrkräften zusätzlich zu leisten ist.
- **Seit 2007 gibt es das Zentralabitur.** Auch hier ist das Ziel der Vergleichbarkeit grundsätzlich sinnvoll; ungleich ist die Zeit, innerhalb deren die Korrektur und die ausführliche Begutachtung vorgenommen werden müssen. Hessische Lehrkräfte sind z. B. gegenüber Bayern und Baden-Württemberg deutlich benachteiligt, da sie bei frühem Sommerferienbeginn eine deutlich verkürzte Korrekturzeit haben. Es gibt in Hessen auch keine geregelte Entlastung – im Gegensatz zu z. B. Niedersachsen.
- **Seit 2008 gibt es zentrale Lernstandserhebungen in den Jahrgängen 3 und 8.** Diese müssen zusätzlich zu regulären Klassenarbeiten durchgeführt, korrigiert und digital erfasst werden; aufgrund der Aufgabenstellungen lässt sich häufig kein Alltagsnutzen zur Förderung von Kindern ableiten.
- **Seit 2011 müssen Lehrkräfte zu jedem Zeitpunkt im Schuljahr individuelle Förderpläne schreiben**, wenn ein Kind nicht mehr ausreichende Leistungen zeigt. Diese müssen von den Eltern gegengezeichnet werden. Häufig ist „Saisonarbeit“ die Ursache des „drohenden Leistungsversagens“; deshalb bedeutet dies in der Regel einzig für die Lehrkraft mehr Arbeit.
- **Seit 2011 ist inklusive Beschulung im Hessischen Schulgesetz verankert.** Das Ziel, allen Kindern möglichst gute Bildungschancen zukommen zu lassen, eint die allermeisten hessischen Lehrkräfte. Wenn allerdings allein der Elternwunsch die passende Schulform für ein Kind bestimmt und die Unterstützung durch Förderschullehrkräfte durch eine zentrale Zuweisung gedeckelt wird, verkommt dieses Ziel zur Farce! Wenn Lehrkräfte das Material für jede Unterrichtsstunde z. T. 3- oder 4-fach differenzieren müssen, ist das eine enorme Arbeitslast – und führt nicht zuletzt das dreigliedrige Schulsystem ad absurdum.
- **Seit 2015 gibt es Intensivklassen, Intensivkurse und InteA-Klassen zur vorübergehenden Beschulung von Kindern ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen.** Auch hier ist die Notwendigkeit nicht bestreitbar; bei Klassengrößen von bis zu 19 (!) SchülerInnen verschiedener Altersgruppen und den unterschiedlichsten Arten von Vorbildung und Muttersprachen, ist individuelle Förderung allerdings nicht möglich! In der Grundschule werden die Kinder oft zusätzlich zu den Regelschülern Klassen zugewiesen – das bedeutet zusätzlich zu bis zu 25 anderen Kindern. Bei der Unterstützung und Förderung von z. T. massiv traumatisierten Kindern und Jugendlichen sowie der Beratung ihrer Eltern werden die Lehrkräfte von der Bildungsverwaltung alleine gelassen.
- **Seit 2016 gibt es die inklusiven Schulbündnisse zur Verteilung der Ressourcen.** Diese verteilen die wenigen Stunden, die nicht an den stationären Förderschulen benötigt werden, sowie die SchülerInnen mit diagnostiziertem (!)

Förderbedarf auf die Regelschulen. Aufgrund des Mangels an Förderschulkräften kommen in den seltensten Fällen die zugewiesenen Stunden auch komplett an den Regelschulen an. Eine planbare, verlässliche Förderung ist so nicht möglich.
- **Seit 2017 gibt es die zentralen Abschlussarbeiten für das Fachabitur.** Siehe Abitur.

Zusätzlich verschärft der **Lehrkräftemangel** die Situation, vor allem an Grund- und Förderschulen sowie in der Inklusion. Nicht oder nur teilweise ausgebildete „Lehrkräfte mit Unterrichtserlaubnis“ werden von den oft nur noch vereinzelt zur Verfügung stehenden vollausgebildeten Lehrkräften an die Hand genommen, mit Material versorgt, bei der Planung unterstützt etc.
Nicht berücksichtigt in der Aufzählung sind ebenfalls **allgemeine gesellschaftliche Veränderungen**, die natürlich den Alltag in Schule beeinflussen. Exemplarisch genannt seien hier die **Digitalisierung** allgemein und der **Einfluss von „Sozialen“ Netzwerken** auf Kinder und Jugendliche sowie eine beobachtbare Häufung von **Eltern, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht mehr nachkommen** können oder wollen.
All dies führt zu Konflikten und Nöten, die von Lehrkräften selbstverständlich „nebenbei“ bearbeitet und bewältigt werden müssen, um überhaupt einen regulären Unterrichtsbetrieb möglich zu machen!

Was sich in all der Zeit **nicht verändert** hat: Die **Anzahl der Unterrichtsstunden**, die eine Lehrkraft zu leisten hat - und die **Klassengrößen**. Bis zu 25 Kinder in einer Grund- und Hauptschulklasse bzw. 30 Kinder in Realschul- und Gymnasialklassen lassen **keine individuelle Förderung** zu!

Der hessische **Kultusminister Armin Schwarz sieht kein Problem** – und beruft sich gerne auf seine eigene Erfahrung als Lehrkraft des Landes Hessen.
Seit wann ist er nicht mehr im Dienst? Seit 2011. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Wir brauchen

- **weniger Stundenverpflichtung**
- **kleinere Klassen**
- **mehr Schulsozialarbeit und andere pädagogische MitarbeiterInnen zur Bildung multiprofessioneller Teams**
- **mehr Deputatsstunden für außerunterrichtliche Tätigkeiten**
- **angemessene Räumlichkeiten und Platz zum Differenzieren**
- **konstante Begleitung für konstantes Lernen**

JETZT!

Nur so können wir junge Leute davon überzeugen, den Lehrberuf zu ergreifen!
Wir brauchen Nachwuchs – wir sollten die Jugendlichen nicht abschrecken, indem sie durch völlig überlastete Lehrkräfte vorgeführt bekommen, wie wenig Bedeutung Bildung in Hessen hat!

Unsere Arbeitsbedingungen sind die Lernbedingungen der Kinder!